

369



**Der
Freiheits-
kämpfer**

**Organ der Kämpfer für
Österreichs Freiheit**

49. Jahrgang – Nr. 3 – Oktober 1997

1932 – An der Schwelle zum Bürgerkrieg

Seite 3

Wie die Krise des Parlaments begann



Photos: Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

Ignaz Seipel und Johannes Schober – der Prälat und der Polizeipräsident. Zwei Bundeskanzler der ersten Republik. Ihr Tod im August 1932 war ein Signal für das Ende der Demokratie.

Unzumutbare Pensionslasten?

Fast alle stehen vor altersbedingtem nicht mehr im aktiven Berufsleben, sondern sind Empfänger von Renten, Pensionen usw. Die Politiker versichern uns immer wieder, an den bestehenden Pensionen werde nichts geändert; Vranitzky hat damit die Wahlen 1995 gewonnen (s. FK 196). Sozialminister Hostasch hat erst vor kurzem die Bedeutung des Generationsvertrages unterstrichen und sich gegen die „verunsichernden Debatten um die Zukunft der gesetzlichen Altersversorgung“ gewandt. (s.

Wiener Zeitung v. 25. 6. 1997). Boberski warnt jedoch in der „Furche“ vom 19. 6. 1997, wir sollten uns von den Politikern nichts vormachen lassen; die immer kürzer werdende Lebensarbeitszeit im Verhältnis zur Gesamtlebenszeit geführe die Höhe aller Pensionen; es müsse rasch gehandelt werden. Das derzeitige Umlagensystem sei nur dann finanzierbar, wenn man der nachfolgenden Generation diese Belastung auch zumuten könne; übersteige diese Belastung diese Zumutbarkeit, breche das System

zusammen (Franz Kohlmeier in der Furche vom 3. 7. 1997).

Unsere Generation ist nicht gefragt worden, ob es ihr zumutbar wäre in einen Krieg zu ziehen, den sie nicht gewollt, noch weniger verursacht hat, der vielmehr von einem Regime vom Zaun gebrochen worden ist, gegen das wir in den Widerstand gegangen sind. Aus Krieg und Gefangenschaft in eine zerstörte Heimat zurückgekehrt, mußten wir an den Wiederaufbau gehen. Alle Rücklagen und Ersparnisse sind den diversen „Währungsformen“ zum Opfer gefallen. Neben dem Wiederaufbau und der Sorge für unseren Unterhalt und unsere Ausbildung – es hat keine Stipendien gegeben, für das Studium mußten wir bezahlen – hatten wir auch für unsere Elterngeneration zu sorgen. Im Rahmen unserer Sorge für unsere Nachkommen trugen wir für Geburtshilfen, Kinderbeihilfen, Stipendien und eine kostenlose Ausbildung bis zur Hochschulreife bei, mußten also für drei Generationen sorgen. Damit haben wir wohl zur Geringe unsere Pflicht aus dem Generationsvertrag erfüllt; ist dies nicht auch unseren Nachfahren zumutbar?

Bei einem Symposium „Zerbricht der Generationsvertrag“, veranstaltet am 11. 4. 1997 vom katholischen Akademikerverband Österreichs, der katholischen Hochschullehrer und der evangelischen Akademie, ist man übereinstimmend der Meinung gewesen, der Generationsvertrag sei kein ökonomisches sondern ein politisches Problem; es sei auch kein anthropologisches Gesetz, sondern wurzele im christlichen Gedankengut der Solidarität. Die Erwerbsarbeit der aktiven Generation sei keines-

wegs die einzige Quelle des heutigen Wohlstandes, dieser baue auch auf den Vorleistungen früherer Generationen auf. Wenn die Alten diese Anteile in Form von Pensionen usw. in Anspruch nähmen, besteuerten sie keineswegs die heutigen Aktiven aus, sondern würden nur einen Teil dessen in Anspruch nehmen, was sie durch ihre Arbeit grundgelegt haben (s. actio catholica 297, Seite 34 ff.).

Der Wiener Pastoraltheologe Paul Zulehner hat vor kurzem bei einer Enquete zu bedenken gegeben, wir würden an einer Wegkreuzung stehen; der eine Weg führe in eine friedlose Versorgungsgesellschaft, der andere in eine friedliche Solidaritätsgesellschaft. Was unser Land brauche, sei eine Antipolitische Kartell für eine belastbare Solidarität (Austria Plus 4/5-97). Es gäbe keine Gerechtigkeit ohne Solidarität, führe der Wiener Erzbischof Dr. Schönborn bei einem Vortrag am 12. 1. 1997 „Kirche und Europa-Union“ vor der österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik aus. Die Vision der menschlichen Gesellschaft, die das 2. Vatikanische Konzil den Christen vor Augen stelle, sei jene einer Gemeinschaft, deren Mitglieder bereit seien zum Einsatz für Schwächere, das zweite Kapitel der Pastoralkonstitution, „Gaudium et spes“ zeige prophetischen Charakter. (Univ. Prof. Dr. Gabriel, Ordinaria für Ethik und Gesellschaftswissenschaft der Universität Wien in der „Wiener Kirchenzeitung“ vom 17. 11. 1996).

Solidarität sei ein lebendiger Grundwert, meint Andreas Rodas, Generalsekretär der SPÖ in der „Furche“ vom 1. 4. 1997; in der selben Nummer schreibt Andreas Khol, Obmann des Parlamentsklub der ÖVP, Solidarität sei der notwendige Kitt, der die Gemeinschaft zusammenhalte.



Präsident Dr. Jurasch

Kuratoriumsversammlung 1997

Mittwoch, dem 11. Juni, hat in Wien die diesjährige Sitzung des Kuratoriums stattgefunden, bei der einige wesentliche Punkte auf der Tagesordnung standen. Vorrang ist es um unser Organ, den „Freiheitskämpfer“ gegangen. Wie bereits im FK 2/97 berichtet, hat der langjährige Schriftleiter, unser lieber Kamerad Camillo Heger, sich aus Gesundheitsgründen gezwungen gesehen, sein Amt zurückzugeben. Die Kameraden Johannes Eidlitz und Dr. Norbert Kastelic haben sich dankenswerter Weise bereit erklärt, sich in Zukunft um den Freiheitskämpfer zu kümmern. Das Kuratorium hat einstimmig Kameraden Camillo Heger für seine bisherige Tätigkeit den Dank ausgesprochen und ihn gleichzeitig zum Ehrenmitglied mit Sitz und Stimme im Kuratorium auf Lebenszeit ernannt.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung war der sogenannte „Mauerbachschatz“. Die Versteigerung hat mittlerweile stattgefunden, wir werden demnächst unseren Anteil überweisen bekommen. Weiters s. den Artikel „Leistungen aus dem Mauerbachschatz“ in dieser Nummer.

Entsprechend dem bei der Kuratoriumssitzung im Oktober 1996 in Graz erteilten Auftrag hat der Bundesobmann die Entwürfe für Änderung der Statuten sowohl des Kuratoriums als auch der einzelnen Landesverbände ausgearbeitet. Diese Entwürfe sollen in den Landesorganisationen besprochen und eventuelle Änderungsvorschläge uns übermittelt werden. Bei der geplanten Kuratoriumssitzung im September 1998 in Linz sollen sie dann beschlossen werden; dadurch wird u.a. die Möglichkeit der Mitarbeit auch junger Kräfte in leitenden Funktionen unserer Organisation geschaffen, sowie die Grundlage für die geplante Neuwahl des Kuratoriums im Jahre 1999.

Bundesobmann Dr. Hubert Jurasch

Der Landesverband Vorarlberg berichtet vom Tod von Frau Rosalia Mikulcak, die am 16. 8. 1997 im Alter von 72 Jahren verstorben ist. Ihr Begräbnis fand am 21. 6. 1997 in Bludenz statt, eine Abordnung des Verbandes hat daran teilgenommen.

An der Schwelle zum Bürgerkrieg

Im August 1932 starben kurz nacheinander zwei der damals bedeutendsten Staatsmänner Österreichs: Am 2. August Prälat Dr. Ignaz Seipel und am 19. August Dr. Johannes Schober.

Seipel war fünfmal Bundeskanzler gewesen, Schober dreimal, beide darüber hinaus Minister in verschiedenen Koalitionsregierungen. Seipel war der langjährige Führer der christlich-sozialen Partei, der katholische Prälat war darüber hinaus Universitätsprofessor für Moraltheologie. Schober war Jurist, zunächst Konzeptsbeamter der Wiener Polizei. Er verhaftete 1916 Friedrich Adler, Sohn des Begründers der Sozialdemokratischen Partei, Viktor Adler, nach dem Mord an k.k. Ministerpräsident Stürkh. Schober war ein sehr genähter Großdeutscher, der sich als Liberalen betrachtete.

tritten. Die Pleite der Creditanstalt vergrößerte die Krise, die Arbeitslosenzahlen stiegen in die Hunderttausende. Das Kabinett Baresch hatte in Genf



„Prälat ohne Milde“ & „Arbeitermörder“ ...

Seipel und Schober bildeten wiederholt Koalitionsregierungen aus Christlich-Sozialen, Großdeutschen und Landbund. Als es 1927 zum Brand des Justizpalastes kam, ließ Schober, seit 1918 Polizeipräsident, in die demonstrierende Menge schießen. Gegen Seipel – der „Prälat ohne Milde“ und Schober, den „Arbeitermörder“, richtete sich der Haß der Linken. Ihr Führer Otto Bauer hatte 1931 ein Angebot Seipels eine Koalitionsregierung mit den Christlich-Sozialen zu bilden, mit Hohn zurückgewiesen. Schober war der Begründer des „nationalen Wirtschaftsblocks“, meist „Schoberblock“ genannt, bestehend aus Großdeutschen und Landbund, einer Bauernpartei, die aber später zu den Christlich-Sozialen überwechselte.

Anfang der Dreißiger Jahre war Österreich von der Weltwirtschaftskrise voll ge-

föhren (dem waren Verhandlungen, Schober als Außenminister, über eine Zollunion vorausgegangen).

Am 17. August sollte der Nationalrat über die Völkerbundanleihe abstimmen. Zwei Abgeordnete fehlten, weil sie erkrankt waren: Seipel und Schober. Eine makabre Situation entstand. Starb einer der



beiden, so würde ein Ersatzmann ins Parlament einrücken. Das konnte aber über den Erfolg der Regierungsvorlage über die Völkerbundanleihe entscheiden. Nun starb Seipel am 2. August und Schober erst am 19. August. Bei der Abstimmung war daher Seipels Ersatzmann anwesend und die Abstimmung endete mit 81 zu 80 Stimmen für die Regierung Dollfuß. Ein Einspruch des Bundesrates wurde am 23. August mit 82 zu 80 Stimmen abgelehnt.

Es war das – aus der heutigen Sicht gesehen – wie eine Generalprobe für die Parlamentskrise vom 5. März 1933, die den Beginn des autoritären Kurses durch Dollfuß und den Bundesführer der Heimwehr, Starhemberg, bildete. Nur zwei Jahre später brachen zwei Bür-

gerkriege über Österreich herein. Am 12. Februar 1934 fielen die ersten Schüsse in Linz und leiteten den Aufstand des sozialdemokratischen Schutzbundes ein, mit schweren Kämpfen in Wien, in Steyr, in Bruck und anderen Orten. Und am 25. Juli erlag Bundeskanzler Engelbert Dollfuß den Schüssen zweier illegaler SS-Männer, die der Standarte 89 angehörten, die das Bundeskanzleramt besetzt hatte. Die Kämpfe, vor allem in der Steiermark und Kärnten, dauerten Tage.

... oder doch nur „alte Männer“?

Seipel und Schober galten damals in der jungen, nachdrängenden und sehr radikalisierten Generation als „alte Männer“, sie waren eine Art Überrest aus der k. und k. Zeit – Seipel war noch in der Regierung Lammasch – Oktober 1918 – kaiserlich-königlicher Minister gewesen und Schober im Juli 1918 Polizeipräsident. Seipel starb im Alter von 56 und Schober von 58 Jahren: Sie waren keinesfalls „Greise“. Ihre Nachfolger, wie etwa Dollfuß, Starhemberg, Fey, gehörten der „Fremdgeneration“ an, sie waren im ersten Weltkrieg blutjunge Offiziere gewesen. Dollfuß wurde mit vierzig Kanzler, Starhemberg kam 1899 zur Welt und der Wiener Heimwehrführer Major Emil Fey war 48 als er Vizekanzler wurde.

Es ist aber nicht uninteressant festzustellen, daß etwa die Männer, die 1945 die Wiederherstellung Österreichs herbeiführten, nicht viel jünger waren. Leopold Figl geboren 1902, Felix Hundes 1901, Julius Raab 1891, Adolf Schärf 1890.

Wir gratulieren zum Geburtstag
75 Jahre **HR Dr. Herbert CRAMMER (18.11.)**

Wahlen in Oberösterreich und Burgenland

Die kräftigen Belastungen der innenpolitischen Szene aus dem Sommer dieses Jahres – Sparpaket, Pensionsreform, Debatten um den Euro, Probleme der Lehrerschaft, darüber hinaus – und in Verbindung mit Sparpaket und Pensionsreform – die Diskussion um die Beamten und schließlich die buchstäblich herbeigeschriebene Auseinandersetzung um den Volksparteiobmann Wolfgang Schüssel, begleitet von der „gipfelstürmenden“ Reformdebatte über die Parteiführung werden selbstverständlich weder bei den Landtagswahlen in Oberösterreich noch bei den am selben Tag stattfindenden Wahlen in mehr als 160 Gemeinden des Burgenlandes ohne Wirkung bleiben.

Je nach dem Ausgang hier oder dort wird man dann nachher in den Zeitungen, den Lautsprechern, dem Fernsehen lesen, hören und sehen, wo denn nun wirklich die Ursachen dieser oder jener Entwicklung, dem Abstieg, der Zunahme, dem Gleichbleiben dieser oder jener Partei zu suchen sind.

Zuversicht in Linz

Für Oberösterreich wird sicherlich von entscheidendem Interesse sein, ob die Volkspartei ihre angestammte Spitzenstellung halten kann. Vergleicht man ein wenig die letzten Wahlen, so zeigt sich, daß nicht anders als in anderen Bundesländern die interessanteste Entwicklung jene der Freiheitlichen Partei war. Hatte sie bei den Wahlen von 1985 noch 37.932 und damit 5 % der Wahlstimmen erhalten – übrigens das schlechteste Ergebnis seit 1949 – so war sie 1991 auf mehr als das Dreifache gewachsen, nämlich auf 140.311 oder 17,7 %. Nur vergleichbar dem Antrittserfolg ihres Vorgängers des VdU, der 1949 (nachdem die ehemaligen Nationalsozialisten das Wahlrecht zurückbekamen) 126.613 Stimmen erhielt – ein durch mehr als vier Jahrzehnte nicht mehr wiederholbares Potential.

Es wird mit Spannung erwartet, ob sich nun diese Tendenz – die unmittelbar mit

dem Phänomen Jörg Haider zusammenhängt – fortsetzt. Die häufig gehörte Überlegung lautet, Oberösterreich sei eben ein Land, in dem es traditionell nicht unbedeutende deutsch-nationale Sentiments gebe.



Josef Pühringer: Der Landeshauptmann von Oberösterreich muß sein Programm und das seiner Volkspartei am 5. Oktober durchzusetzen versuchen

Doch gerade die Wahleresultate widersprechen dem. Denn bekam die WdU (so hieß der VdU als Wahlpartei) nach 1949 20,8 %, so 1955 nur mehr 9,6 %, 1961 nur 9,7 %, 1967 nur 7,5 %, 1973 nur 7,7 %, 1979 nur 6,4 % und 1985 nur mehr 5 % Stimmen.

Zieht man die Stimmen der Nationalratswahlen zum Vergleich heran, so ist eine konforme Entwicklung zu sehen. Von mehr als 20 % sackt der

VdU 1953 auf 12 % und 1956 auf 7 % ab. 1966 bis 1979 bleibt er unter 7 %, und nimmt dann von Wahl zu Wahl zu – 1983 8 %, 1986 11 %, 1990 16 % und 1994 22,5 %.

Die Volkspartei hat sich in Oberösterreich recht gut gehalten. Seit 1961 blieb sie in den Wahlstimmen stets über der 300.000 Marke. 1985 gelang der ÖVP sogar die Rekordzahl 392.760 Stimmen. Freilich erlitt sie 1991 einen leichten Rückgang auf 357.771 Stimmen. Der mehr als 100.000 Stimmen Zuwachs der FPÖ bei dieser Wahl, ging auf Kosten der ÖVP – 35.000 Stimmen – und

bei der die Freiheitlichen 21,9 % erreichten.

Es bleibt abzuwarten welche Folgen – und ob überhaupt solche – die Streitigkeiten um die Errichtung des Traun E-Werks bei Lambach haben. Die Grünen – verbundene E-Werks Gegner – halten bei den Nationalratswahlen 1990 4,7 %. Und die Liberalen bei 4,1 %.

Pühringer – ein Realist

Mit Recht vertraut man in der Linzer Volksparteiführung auf den Bonus des Landeshauptmanns. Darüber hinaus ist in der Tat Dr. Josef Pühringer auch ein beliebter Landsvater. Natürlich spielen die allgemeinen Probleme Österreichs hier auch ihre Rollen. Vor allem wirtschaftliche Fragen sind es, die den Oberösterreichern Sorgen machen. Das Land ist eine der stärksten Industriezonen, darüber spielt hier die Landwirtschaft noch eine große Rolle. Und es ist gewiß nicht gleichgültig wieviel die Bauern des Landes ob der Erns für ihre Milch bekommen und wie es in der Zukunft mit geänderten Agrarprodukten weitergehen wird.

Von einem Marathonläufer sprach SPÖ-Spitzenkandidat Josef Hochmair als Vergleich für den Wahlkampf. Seine Ziele nannte er: die Vollbeschäftigung, den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit. In Linz geht es hart auf hart im Kampf um den Bürgermeister zu. Der amtierende Stadtchef der SPÖler Franz Dobusch nennt den ÖVP-Wahlkampf „grauslich“ und wirft ihr vor den Freiheitlichen die Arbeit wegzunehmen und als „Nestbeschützer“ zu agieren. Karl Blöchl, der Kandidat der Volkspartei wirft dem Bürgermeister vor, zwar zehn Millionen Schilling für das Linzer Sportstadion und für die Rasenheizung dazulassen auszugeben, aber dafür kein Geld für einen Heizkostenzuschuß an die Ärmsten übrig zu haben.

Von einer Parteirevolte unter den Freiheitlichen Oberösterreichs weiß das Magazin „Profil“ zu berichten. Es scheint zu einer Parteispaltung gekommen zu sein. Jedenfalls treten zwei frühere FP-Funktionäre, Fritz Stöger und Horst Six, mit einer eigenen Liste unter dem Namen „Freie Demokratische Partei“ auf. Gegen diese Abspaltung kämpft die FPÖ mit einem Filmspot in den Kinos, bei dem ein japanischer Sumo-Ringer – bekannt durch ihre gewaltigen Körperränge – den FP-Chef Oberösterreichs Hans Achatz, kräftig massiert, mit dem Slogan „Niemand biegt ihn“. Offenkundig hat aber Achatz viele frühere FP-Prominente verlor, denn das „Profil“ zitiert etwa die frühere Abgeordnete zum Nationalrat Karin Praxmarer: „Achatz ist als Landesobmann inakzeptabel“.

Zerstrittene Freiheitliche

Auch gegenwärtige Funktionäre hat Achatz vergrämt. So ist etwa der Bezirkspartei-vorstand von Rohrbach zurückgetreten, um gegen eine von Achatz bestimmte Spitzenkandidatin zu protestieren. Achatz selbst erwiderte: „Auch Jörg Haider hat man nachgesagt, er gehe über Leichen“. Jedenfalls wird Achatz von seinem Bundesparteiohmann voll unterstützt. Man darf also gespannt sein, wie die Welt ob der Enns nach dem 5. Oktober aussehen wird.

Vergleichszahlen für das Burgenland sind für Landtags- und Nationalratswahlen leicht verfügbar. Bei den Nationalratswahlen erreichte die SPÖ 1995 44,9 % Ein Vergleich mit 1994 zeigt nur geringe Verluste von 1.000 Stimmen, über einen winzigen prozentualen Gewinn von 0,6 %. Die Zahlen für die Volkspartei lauten 34,14 %, ein Verlust von 3,6 % gegenüber 1994. Die Freiheitlichen nahmen zu, auf 27,97 %, ein Plus von 4,5 %. Die Grünen bekamen 6,8 % und verloren etwa 2 %. Die Liberalen erhielten 6,75 %, was

ein Plus von 0,2 bedeutet. Betrachtet man die Landtagswahlsergebnisse so hat die SPÖ die ÖVP seit 1961 überholt. (Damals bekamen sie 79.630 Stimmen und die Volkspartei 78.101). Zuletzt, 1991, wählten 38,2 % die Volkspartei und 48,1 % die Sozialdemokraten. Die Freiheitlichen bleiben in bescheidenen Grenzen. Von 1964 mit 5.965 Stimmen und 3,6 % entwickelten sie sich bis 1991 auf 16.793 und 9,8 %.

Bei all diesen Wahlergebnissen spielen die Kommunisten wahrhaftig keine Rolle mehr. Bei den letzten Nationalratswahlen bekamen sie in ganz Österreich nur mehr 13.939 Stimmen, das waren 0,3 %. Die KPÖ, für viele Menschen hierzulande lange Zeit ein wenig ein Schreckgespenst, der aber, so lange die Sowjettruppen im Lande standen, durchaus aggressiv werden konnte – man denke nur an das

Jahr 1950 und den damaligen Putschversuch. Wer die Dinge aus unmittelbarer Nähe mitgemacht hat, weiß wie es damals zuging. Aber der Schreiber dieser Zeilen erinnert sich auch noch aus eigener Anschauung an das Entsetzen russischer Generäle, als bekannt wurde, daß die KPÖ nur 174.257 Stimmen, das waren 5,42 % bei der ersten Nationalratswahl im November 1945 erreichten. ■

Unruhe in der Volkspartei

Die Volksparteiführung des Burgenlandes liegt offenkundig in festen Händen. Gerhard Jellaszitz, Parteiohmann und stellvertretender Landeshaupmann ist österreichweit besonders durch seine loyale Haltung gegenüber Bundesparteiohmann Wolfgang Schüssel in jüngerer Zeit hervorgetreten.

Er hat die „Gipfelschlur“, wie Tirols Weingartner und Salzburgs Schaumberger kräftig zu Rahe verwiesen, als sie mit dem Vorschlag hervortraten Schüssel

Aber in vielen Gesprächen und Interviews haben westliche Parteichefs und auch Spitzenleute aus dem Süden, wie Steiermarks Hirschmann am Zustand der Volkspartei Kri-

den die in privater Atmosphäre geäußerten Dinge als eben private behandeln. Aber es kam dann ganz schlimm, „Kümmelbrück“ war noch das mildeste, was da kolportiert wurde. Leider ist niemand aufgestanden und hat gesagt, daß sei doch alles ein dummer Witz. So etwas sage man ja doch in privater Sphäre gar leicht. Ein Außenminister müsse ja auch nicht gerade ein Chorknabe sein.

Merkwürdigerweise war die vielfache Kritik, die zunächst nur von oppositionellen Politikern kam, ein Auslösfaktor für interne Kritik. Es war so, als hätte man in Salzburg und Tirol und Steiermark nur auf das Signal gewartet. Selbst loyale Parteiführer wie Oberösterreichs Pühringer zeigten sich doch über die Lage der ÖVP besorgt, die in jüngsten Umfragen ja nur mehr an dritter Stelle nach SPÖ und FPÖ rangiert. Die Hauptkritiker aber waren Schaumberger und Weingartner, die wie schon gesagt, Veränderungen an der Parteispitze forderten.

Vielfache Kritik aus dem Westen

Dazu kam noch Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Doppelpass im Generalsekretariat, Waltheims Schwiegersohn Othmar Karas und Maria Raach-Kallat, Gemahlin des Grafen Mensdorff-Pouilly, werden vielfach als zu



Gerhard Jellaszitz: Der stellvertretende Landeshaupmann im Burgenland tritt als Verteidiger seines Parteiohmannes Wolfgang Schüssel gegen westliche „Revolutionen“ in die politische Arena. Jellaszitz Volkspartei schlägt in vielen Gemeinden des Burgenlandes am 5. Oktober Wahlen.

selle Verantwortung delegieren. Vizekanzler, Außenminister und Parteiohmann seien für einen Mann allein zuviel. Zumindest einen Geschäftsführer in der Bundespartei sollte er einsetzen.

tik geübt. Ausgangspunkt war gewiß die groteske Aufregung um ein paar Bemerkungen die Schüssel bei einem Frühstück in Amsterdam gemacht hatte, natürlich in der Erwartung, die anwesenden Journalisten wür-

Photo: M. H. / M. H.



wenig aktiv betrachtet. Jedenfalls so hört man aus dem Westen, werde Schüssel durch das Generalsekretariat nicht in dem Maße unterstützt, das einen Geschäftsführer überflüssig machen würde. Richtigerweise wendet man dagegen in Wien ein, die Parteifirsten aus den Bundesländern seien sich über die Kompetenzen in der Parteizentrale nicht im Klaren und sie wüßten auch gar nicht, wie diese Zuständigkeit zwischen einem Parteiohmann, zwei Generalsekretären und einem Geschäftsführer aufgeteilt werden sollte.

Nach dem „Gipfelfest“, einer Wanderung im Nationalpark Hohe Tauern und einer Hüttenrast, an der die Landeshauptleute Weingartner, Schausberger und Zernatto, sowie Minister Bartenstein teilnahmen, wurden die erwähnten kritischen Gedanken kolportiert. Freilich, Bartenstein und Zernatto distanzieren sich alsogleich. Und, wie erwähnt, Burgenlands Parteiohmann schimpfte heftig auf die westlichen Kollegen, ja er nannte sie sogar „aufgeblasene Gockel“. Nun auch diesen parteiinternen Gefechten, die aber bedauerlicherweise in der Öffentlichkeit ausgetragen wurden, kam es zu diversen Zusammenkünften der Parteispitzen und gegenwärtig scheint wieder Ruhe eingetreten zu sein.

Sehr wichtig für den weiteren Verlauf der Affäre ist freilich, wie der 5. Oktober ausgeht. Verliert die Volkspartei in Oberösterreich und im Burgenland stärker, setzt sich die absteigende Tendenz deutlich fort, so wird der Streit erneut ausbrechen und sehr viel schärfer werden.

Der ruhende Pol in dieser Flut der Verwirnis scheint Andreas Kohl zu sein, der Tiroler Professor an der Spitze des ÖVP-Parlamentsklubs, der durch seine feste Haltung, seine besonnenen Worte und auch die durch die liebenswürdige Fassade durchscheinende Härte, den Eindruck eines Parteimannes macht, der die Zügel fest in der Hand hat. J.E.

Scheinwerfer auf Thomas Klestil

Obwohl bis zum Termin der nächsten Bundespräsidentenwahl noch mehr als sieben Monate Zeit sind – der Mai 1998 wird die Entscheidungsschlacht sehen – so sind doch schon seit geraumer Zeit Diskussionen im Gange, ob Thomas Klestil zum zweiten Mal antreten wird und wer etwa seine möglichen Gegner sein werden.

Zunächst war es die lange Krankheit des amtierenden Bundespräsidenten, die solchen Erwägungen den Stoff lieferte. Unterdessen ist Klestil ganz offensichtlich wieder voll hergestellt und es gibt so gut wie keinen Zweifel, daß er bereit ist, wieder zu kandidieren. Und es gibt auch keinen Zweifel, daß die Volkspartei ihn zu ihrem Kandidaten machen wird.

Die Debatte geht aber darum, was die Sozialdemokraten tun werden. Die Bereitschaft von Helmut Zilk, dem früheren Bürgermeister und wohl populärsten SP-Politiker, den Vorsitz eines Personenausschusses für die Wiederwahl Klestils zu übernehmen und die entschiedene Weigerung von Franz Vrasitzky für das Amt zu kandidieren, lassen den Schluß zu, daß bei einer entsprechenden Parteisitzung im Oktober der Beschluß gefaßt werden wird, keinen eigenen Kandidaten aufzustellen, das heißt also, mit der ÖVP für Klestil zu stimmen.

Nun gibt es keinen Zweifel, daß ein Kandidat der beiden Koalitionsparteien mit Überwältigender Mehrheit auch gewählt werden würde. Wenn es nichts desto weniger einige Kombinationen um weitere Kandidaturen gibt, sowohl nur, weil die jeweilige Proporzengruppe hofft, ihr „Gegenkandidat“ würde mehr Stimmen einbringen, als etwa diese politische Gruppierung bei einer Nationalratswahl.

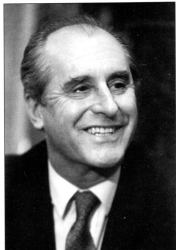
Sowohl Waldheim als auch Klestil haben ihre Wahlerfolge dem Umstand zu verdanken gehabt, daß sie als Kandidaten

des bürgerlichen Lagers – zumindest im zweiten Wahlgang – gelten konnten. Denn weder 1986 noch 1992 hatten die Freiheitlichen eigene Kandidaten aufgestellt. Das könnte 1998 anders sein. Denn aus

Bundespräsidentenschaft war 1980 Dr. Wilfried Greidler. Aber es ist da noch die Möglichkeit offen, daß für Klestil nicht die beiden Parteien ÖVP und SPÖ ins Feld rücken, sondern das eben ein Personenausschuss, wie schon erwähnt unter Vorsitz von Altbürgermeister Zilk, den Kandidaten nominieren. Damit könnte die FPÖ vielleicht leben.

Reizvolle und groteske Blüten

Aber der bevorstehende Kampf um die Wahl des Staatsoberhauptes hat zumindest zwei Blüten hervorgebracht, die eine sehr reizvoll



Zum zweiten Mal: Thomas Klestil

dem freiheitlichen Lager ist zu hören, daß man keinen Kandidaten der schwarz-roten Koalition unterstützen werde, freilich, was sollte die FPÖ aufstellen? Neben Jörg Haider ist nirgends eine so starke Persönlichkeit zu sehen. Der letzte Kandidat der FPÖ für die

und sympathisch, die andere einfach grotesk. Eine Gruppe von Politikerinnen aus dem grünen Lager schlägt die Journalistin Barbara Coudenhove-Kalergi als Kandidatin vor. Und überraschenderweise hat sie bei einer Umfrage des Gallup-Instituts 23 % Sympathie

santen, die Chefin der Liberalen Heide Schmidt aber nur 22 % für. Kleinst freilich würden sich 70 % entscheiden. Das ist umso merkwürdiger, als er bei anderen Umfragen nur auf 52 % kam. In der erwähnten Umfrage jedoch bekam Jörg Haider 10 % – ein sehr unwahrscheinliches Ergebnis, denn er sollte höher rangieren – und schließlich der groteske Kandidat der Baumeister Richard Lugner, liegt bei 5 %. Wer sind nun die beiden „Blünen“? Barbara Coudenhove-Kalergi wird in manchen ORF-Kreisen – sie arbeitet dort und ist für die Wochenübersichten verantwortlich – auch die „rote Gräfin“ genannt. Sie verankert diesen Beinamen, der ihr zu Unrecht verliehen wurde, wohl ihrem starken sozialen Engagement und der Heirat mit einem einstmaligen führenden kommunistischen Intellektuellen, Franz Marek, der freilich, ähnlich wie Ernst Fischer, 1968 nach dem Sowjetinmarsch in Prag aus der KPÖ austrat. Barbara ist die Tochter eines Universitätsprofessors und die Nichte des „Panzerpops“-Gründers Richard Coudenhove – Kalergi. Ihr Großvater, ein k.u.k. Botschafter in Tokio, heiratete dort eine japanische Aristokratin und brachte sie dann nach Österreich mit.

Eine Frau als Staatsoberhaupt?

Sicherlich ist es den Politikern, die Barbara Coudenhove-Kalergi vorschlagen, unwichtig, daß sie eine hervorragende Journalistin ist. Sie spekulieren wohl mit einer Wiederholung des Wanders bei den Europa-Wahlen 1996 bei denen Ursula Stenzel – ORF-Fernseh-Kommentatorin – für die ÖVP Spitzenwerte erzielte. Es ist kein Zweifel, daß das Fernsehen eine immer bedeutendere Rolle auch in der Politik spielt. Nicht umsonst ist ja etwa der Name von Hugo Portisch auch im Zusammenhang mit Präsidentenwahlen schon mehrmals gefallen. Wer häufig auf dem Bildschirm zu

sehen ist und wer dort sympathisch wirkt, kann offenkundig sogar in der Politik seinen Stich machen.

Mit der Bekanntheit durch das Fernsehen rechnet sichtlich auch der „groteske“ Kandidat Richard Lugner. Es ist auffallen, daß er bei jeder sich bietenden Gelegenheit versucht auf dem Bildschirm zu erscheinen. Hat man zunächst gedacht, er tue daß, um seiner Baufirma Popularität und damit Geschäft zu bringen, so hat sich nun schon seit Jahren gezeigt, daß er einfach mediengelig ist.

So hat er selbst gewaltige Summen dafür ausgegeben, daß in seiner Loge auf dem Opernball irgendwelche Prominente von Film oder Oper sitzen und er dazwischen herauslügen kann. Und er wird dadurch zum Objekt der Unterhaltung – ebenso wie „Mausi“, die hübsche Fr. Lugner – für die Gesellschaftsjournalisten – nach dem klassischen „Krone“-Vorbild, die „Adab-eis“ genannt.

Natürlich werden bis zur Entscheidung durch die SPÖ-Gremien noch einige Kombinationen vorgetragen werden.

Caspar von Einem ist eine solche, die man als Vertretung des linken, fortschrittlichen Flügels der SPÖ zu sehen hätte. Aber Einem hat als Minister, sei es des Inneren, sei es der Wissenschaft, sich so viele Feinde – auch in der eigenen Partei – gemacht, daß es recht unwahrscheinlich wäre, sollte die SPÖ ihn aufstellen und die sichere Niederlage heraufbeschwören. Jedenfalls ist der Herbst 1997 politisch mit einer ganzen Menge interessanter oder auch grotesker Szenen auf dem österreichischen Schauplatz versehen. ■

Jörg Haider – bis wohin?

Die erstaunlichste Entwicklung in Österreichs politischer Landschaft nimmt wohl die Freiheitliche Partei oder besser gesagt ihr Führer Dr. Jörg Haider. Noch vor gar nicht so langer Zeit ein Vertreter eines deutlich rechtslastigen, um nicht zu sagen deutschnationalen Kurses, ist er im Begriff eine verblüffende Wandlung zu vollziehen.

Wer ihn ein wenig näher kannte, hatte schon seit geraumer Zeit den Eindruck, daß dieser noch junge Politiker, dessen raketenhafter Aufstieg zu den beeindruckendsten Ereignissen in der österreichischen Innenpolitik gehören, vor allem ein Anhänger seines eigenen Erfolges ist. Politische Erkenntnisse, Weltanschauungen wenden jeweils zur günstigsten Zeit und nach der allgemeinen Wertelage abgegeben und gewechselt.

Gewiß, Jörg Haider ist nicht der nationalistische Raubauke, der Deutschthimer als der er oft von seinen Gegnern dargestellt wird. Der heute 47 Jahre alte Politiker war zur Zeit als er seine ersten Gehversuche auf dem politischen Parkett unternahm, noch Assistent bei Universitätsprofessor Winkler und galt als eine akademische Hoffnung der Staatsrechtler. Damals attackierte er aus seiner freiheitlichen Position die beiden großen Parteien mit Argumenten, die durchaus akzeptabel waren. Die seit 1945 – mit Unterbrechungen

dauernde Koalition Rot-Schwarz verlängerte vor allem Österreicher der bürgerlichen Herkunft, Leute der Wirtschaft, die sich durch ein Ausufen des Sozialstaates und eine Überbürokratisierung in ihrer Arbeit und ihren Erfolgen eingeengt sahen. Sie hörten die Argumente des jungen Juristen gerne bei Diskussionsveranstaltungen, wie sie etwa die Rotarier boten.

Der Aufstieg des Jörg Haider begann in den achtziger Jahren, im besonderen als seine freiheitliche Partei die Koalitionsregierung mit der SPÖ unter Sinowatz bildete. Vizekanzler und Handelsminister Steger und Verteidigungsminister Frischenschlager – heute ins Lager der liberalen Dissidenten unter Heide Schmidt ausgewandert – vertraten die FPÖ. Der Grund zur Mißstimmung: die Anhänger der FPÖ nahmen sichtlich ihrer Führung die Pakete mit den Sozialisten übel. Die „kleine Koalition“ SP-FP hatte auch nur drei Jahre Dauer. Als in einer Kampfabstimmung im September 1986 Haider über

Widerpart Steger – immerhin Vizekanzler – siegt und Parteiobmann wurde, verdoppelten sich allsogleich die FPÖ Stimmen bei der im November abgehaltenen Nationalratswahl.

Auf ganz Österreich bezogen kann Haider für sich buchen, daß die Stimmen für die FPÖ seit seinem Amtsantritt sich vervierfacht haben; von etwa einer Viertelmillion auf über eine Million.

Ziel: Bundeskanzler

Das verblüffende ist aber, daß Haider nun schon seit geraumer Zeit daran zimmert, seiner Partei das Odium des rechtsradikalen, des postnationalistischen, ja sogar des produktiven zu nehmen. Was er will, ist klar: er will als Führer einer gemäßigt rechten bürgerlichen Partei regierungsfähig und schließlich Bundeskanzler werden. Dazu dient das neue Programm der FPÖ, das sehr wirtschaftlich ausgerichtet ist.

Ist es die außergewöhnliche rednerische Begabung des Jörg Haider, ist es die geschickte Ausnutzung aller Ergebnisse von Meinungsbefragungen, die Auswahl seines Europaabgeordneten Sichrowsky, eines Juden mit Wohnsitz in Chicago oder sind es die

► unzähligen Fehler, die Schwachstellen, die vielleicht unvermeidliches Resultat der schwarz-roten Koalition sind?

Man meint, daß es ein national-liberales Potential in Österreich gibt – immer noch gemessen an Verhältnissen vor dem Zweiten Weltkrieg – das maximal 25 Prozent der

Wähler umfaßt. Ob das nun stimmt oder nicht. Haider FPÖ hat nahezu diese Marke erreicht, in Wien sogar überschritten. Denn daß es Haider gelingt, trotz der Existenz des Liberalen Forums und der Grünen in solchem Ausmaß die mit der Großen Koalition Unzufriedenen unter seine

Fahnen – welche, das steht immer noch nicht fest? – zu locken ist außergewöhnlich. Dazu bedarf es wohl auch der Kontakte zu Bischof Krenn oder auch des Stadionsaufenthaltes in Harvard. Ob aber gerade solche Experimente die Wählergunst herbeilocken, das ist fraglich. Entscheidend wird

für Haider und seine FPÖ sein, wie groß der Anteil der „Ewiggestrigen“ oder Neonationalisten – vermeiden wir den Ausdruck „Neonazi“ – beziehungsweise jener ist, die einfach aus Opposition der ÖVP und in zweiter Linie der SPÖ „zins auswichen“ wollen.

J.E.

Gedenken an Heinrich Drimmel

Dem Andenken an Dr. Heinrich Drimmel, einen der hervorragenden Geister der österreichischen Politik und insbesondere der Volkspartei, galt die Namensgebung einer Verkehrsfläche im Wiener 3. Bezirk, im Bereich Blumauer-gasse – Landstraßer Gürtel – Ghepgasse, am 16. Juni durch Stadtrat Dr. Peter Marboe.

Dr. Heinrich Drimmel, geboren 1912, gestorben 1991, war von 1954 bis 1964 Bundesminister für Unterricht und von 1964 bis 1969 amtsführender Stadtrat von Wien sowie Vizebürgermeister. Heinrich Drimmel hat viele Jahre in einem zum Belvedere-Komplex gehörenden Haus am Landstraßer Gürtel gewohnt. Aus ärmlichsten Verhältnissen stammend, arbeitete er um studieren zu können. Politisch aktiv in katholischen Verbindungen und dem Heimatschutz wurde er als Nachfolger von Josef Klaus, dem späteren Bundeskanzler, zum Sachwalter der Hochschülerschaft bestellt. Er erlebte die heftigen Auseinandersetzungen mit der nationalsozialistischen Studentenschaft unmittelbar. Nach seiner Promovierung fand er eine Stellung im Unterrichtsministerium.

1938 entlassen, tauchte er in Berlin unter. Er machte als Soldat den Krieg mit, geriet in Kriegsgefangenschaft. Heimgekehrt machte er ab bald wieder Dienst im Ministerium. Aktiv in der Volkspartei, fand er bald zu Raab und Figl. 1954 Bundesminister für Unterricht in den Kabinetten Raab und Gorbach geriet er aber schließlich innerparteilich in Gegen-

satz zu seinem alten Freund Josef Klaus, dem er auf dem Klagenfurter Parteitag 1963 unterlag. 1969 legt er alle seine Ämter nieder. Er hat aber in den nächsten Jahren eine Anzahl von hochinteressanten Büchern zur Zeitgeschichte geschrieben, so „Die Häuser meines Lebens“, „Vom Anschluß zum Krieg“, „Gott erhalte“ und „Gott sei uns gnädig“. Drimmel war uns stets ein besonders guter Kamerad, der für uns immer hilfreich gewesen ist. ■



Heinrich Drimmel: Politiker und Autor

Leistungen aus der „Mauerbachauktion“

Mit dem Bundesgesetz BGBl. 1995/1515 ist dem Bundesverband der Israelitischen Kulturgemeinde die Ermächtigung erteilt worden, das nach 1945 von den Alliierten der Republik Österreich übergebene, seinerzeit von den Nationalsozialisten beschlagnahmte, noch herrenlose Vermögen versteigern zu lassen; je 4 % des Reinertrages sind den drei in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Verbänden zu überwiesen.

Aus diesem Erlös sollen gemäß § 8 dieses Gesetzes bedürftige Opfer des Nationalsozialismus und deren Hinterbliebene finanzielle Unterstützung erhalten.

Vorerst sollen nur jene Kameradinnen und Kameraden Leistungen aus diesen Mitteln erhalten, die keinen Anspruch auf Leistungen aus dem Na-

kameradinnen und Kameraden, die glauben die Voraussetzungen zu erfüllen, mögen sich schriftlich spätestens bis Ende des Jahres an ihren zuständigen Landesverband wenden.

Antragsteller erhalten dann ein Antragsformular, das sie möglichst bald ausfüllen und rücksenden sollen. Auf Grund dieser Anträge wird das Präsidium des Kuratoriums unter Berücksichtigung der vorhandenen Mittel über die Zuerkennung entscheiden. Laufende Zweifelsfragen sind nicht vorgesehen. Ein Rechtsanspruch auf diese Mittel besteht nicht. ■

tionalfonds der Republik Österreich BGBl. 1995/432 (s. FK 2/97) haben.

Vermutlich Anspruchs-berechtigte beim Nationalfonds können vorläufig nur dann Leistungen von der Arbeitsgemeinschaft bekommen, wenn der Nationalfonds (NP9) ihren Antrag nachweislich schriftlich abgewiesen hat.

Gesunde Wirtschaft, gesundes Land

Dr. Fritz Bock, einer der führenden Männer der Volkspartei, langjähriger Vizekanzler, Minister und Ehrenobmann unserer Kameradschaft, hat vor geraumer Zeit, nach vor dem Auftreten Jörg Haider als Buß der Freiheitlichen, Überlegungen zur Frage der Koalitionen angestellt.

1970 war die Alleinregierung Klaus bei den Wahlen in der Minderheit geblieben. Die Sozialisten waren allein nicht stark genug. Kanzler Kreisky führte zwar eine Wahlrechtsreform herbei, die den kleinen Parteien mehr Chancen bot, aber er regierte aber bis 1971, mittels Duldung der FPÖ – ihrem Obmann Friedrich Peter wurde seine Vergangenheit als hoher SS-Führer häufig vorgehalten, so von Simon Wiesenthal. 1971 erhielt Kreisky aber die absolute Majorität und regierte daher, bis er sie 1983 verlor und demissionierte. Nun kam wieder die Stunde der FPÖ.

Die neue Regierung bildet Fred Sinowatz, er nimmt Freiheitliche ins Kabinett auf: Steier als Vizekanzler und Handelsminister und Frischenschlager als Verteidigungsminister. Diese Rot-Blau Koalition dauert bis zum Regierungsantritt von Franz Vranitzky. Im September 1986 hat die FPÖ Jörg Haider zum Bundesobmann gewählt. Vranitzky kündigte daraufhin die Koalition SPÖ-FPÖ auf. Er lehnte jede Bindung mit den Freiheitlichen unter Jörg Haider ab. Bei den notwendig gewordenen Nationalratswahlen verlor die SPÖ Stimmen (2.092.024 gegenüber 1983: 2.312.529) die ÖVP (2.003.663 gegenüber 1983: 2.097.808) die Freiheitlichen (472.209 gegenüber 1983: 241.789). Nach schwierigen Verhandlungen kommt Anfang 1987 wieder eine SPÖ-ÖVP

Regierung zustande, in der Alois Mock Vizekanzler und Außenminister ist, eine Koalition, die bis heute besteht.

Sozialen Wohlstand erwirtschaften

Nur die Periode 1966 bis 1970 (Alleinregierung der ÖVP unter Klaus) und die Periode 1970 bis 1983 unter

Seit Dr. Fritz Bock seine Überlegungen niederschrieb sind freilich Jahre vergangen, aber manche seiner Feststellungen haben unveränderte Gültigkeit. So meinte er etwa, es werde für die Opposition immer wesentlich sein, Alternativen anzubieten und diese in der Öffentlichkeit gut verständlich zu machen. Wer die FPÖ-Politik unter Haider verfolgt, wird einräumen müssen, daß gerade dies ihre Erfolge begründet.

Bock meinte weiter: „Die europäische Parteiengeschichte nach dem Zweiten

Weltkrieg positioniert weitaus stärker und eindeutiger aus, als das im konservativen Lager der Fall ist. Dort aber wo die konservativen Parteien als Regierungspartei ihre Stärke bewußt ausspielen, hielten sie sich eher an der Macht: „Eine Lizenzierung auf dem Gebiet der Sozialpolitik hat einer konservativen Partei noch nie genützt!“

Weiter schreibt Dr. Bock: „Die große Mehrheit der Arbeitnehmer weiß heute im Gegensatz zu früheren Zeiten, daß sozialer Wohlstand zuerst erwirtschaftet werden muß,

bevor er realisiert und weiterentwickelt werden kann Dem Arbeitnehmer ist die Sicherheit seines Arbeitsplatzes in einem ertragsreichen Unternehmen tausendmal lieber als die Verkürzung seiner Arbeitszeit, die die Gefahr des Ertragsverlustes für das Unternehmen in sich birgt. Aber die Milchmädchenrechnung, daß die Arbeitszeitverkürzung auf jeden Fall neue Arbeitsplätze schaffen würde, wird auch von den Arbeitnehmern nicht mehr akzeptiert.“

Als den einzigen Weg anstreicht Dr. Bock in diesem Artikel, den er anläßlich des Eintritts der Freiheitlichen in das Kabinett Sinowatz für die „Osterreichischen Monatshefte“ verfaßte, eine Politik der Stärkung und Förderung der Ertragsfähigkeit der Unternehmen. Wenn man heute, 1997 in einer Zeit, erfüllt von wirklichen und angeblichen Krisen diese Worte liest, scheint es als hätte der leider allzufrüh verstorbene Dr. Fritz Bock diese Zeilen soeben verfaßt. ■



Wirtschafts-Fachleute im Gespräch: Vizekanzler Dr. Fritz Bock (Mitte) umgeben von Kammeranwaltsdirektor Zölner, Präsident Salinger und Bundeskanzler Gorbach.

Kreiskys Alleinregierung der SPÖ und die Koalition SPÖ-FPÖ von 1983 bis 1986/87 bildeten Ausnahmen. Seither regieren ÖVP und SPÖ wieder wie 1945 bis 1966 gemeinsam. Während auf sozialistischer Seite Kanzler und Parteiohmann Vranitzky bis Anfang 1997 im Amt blieb, wechselte die Volkspartei den Vizekanzler und Parteiohmann mehrfach: Alois Mock, Riegler, Bussek-Schüssel.

Weltkrieg hat uns gelehrt, daß sozialistische Parteien, wenn sie einmal durch die relative oder absolute Mehrheit an die Regierung gelangt sind, lange im Amt verbleiben. Das ist nicht zuletzt auf die weitaus größere Homogenität dieser Parteien zurückzuführen, während konservative Gruppierungen häufiger auseinanderfallen! Sozialistische Parteien müßten, laut Bock, die Möglichkeiten ihrer Regie-

Kirche und Parteien

Kirche und politische Parteien sind ein Thema, das der 2. Nationalratspräsident Dr. Heinrich Neisser bei einem Vortrag im Karl von Vogelsang-Institut zur Sprache brachte. Prof. Dr. Neisser bezog sich dabei auf in jüngerer Zeit stark bemerkte Auseinandersetzungen um eine anscheinende Annäherung der Freiheitlichen Partei insbesondere an die katholische Kirche:

Mit einer gewissen Erleichterung habe ich gemerkt, wie jetzt unversehens die Frage der Beziehung zwischen politischer Partei und Kirche zu einem zentralen Anliegen der Auseinandersetzung geworden ist. Plötzlich reklamiert die Freiheitliche Partei ein neues Verhältnis der FPÖ zur katholischen Kirche.

Der Zentralsekretär der SPÖ – nicht faul – kommt sofort mit der Antwort und erklärt: Auch für seine Partei ist ein längerfristiges Bündnis zwischen Sozialdemokratie und engagierten Christen wünschenswert und zu erwarten. Ein von mir geschätzter österreichischer Journalist hat geschrieben, daß dieser fernständige Frömmigkeitswettbewerb zwischen dem FPÖ-Klubmann Stadler und dem SPÖ-Zentralsekretär Rudas mit großer Distanz und mit großer Vorsicht zu genießen ist. Und der Kirche würde ich empfehlen: Christenverfolgung findet nicht nur statt, in dem man sich von der Kirche distanziert oder sie bekämpft. Es gibt auch eine moderne Form der Christenverfolgung, indem man sie vereinigt. Wobei es selbstverständlich jeder politischen Bewegung freisteht – es ist ihr ureigener Bereich der Autonomie – wie sie ihr Verhältnis zur Kirche gestaltet. Allerdings sind hier durchaus kritische Bemerkungen eines Außenstehenden zu akzeptieren und sie sind legitim. Und ein bißchen nachdenklich werde ich schon.

Letztlich muß eine politische Partei in ihrem Verhältnis zur Kirche daran gemessen werden, was sie im Konkreten in dieser Beziehung zur katholischen Kirche – zu einer Kirche überhaupt – darbietet. Es war für mich eher bezeichnend: Der offizielle Historiker der FPÖ, Piringer, hat in der

„Neuen Freien Zeitung“ sofort eine große Dokumentation geliefert, in der er versucht hat nachzuweisen, daß das Verhältnis zwischen VdU und Kirche und FPÖ und Kirche nie ein besonderes Problem war, sondern im Gegenteil immer einen besonders positiven Touch hatte. Und er hat besonders hingewiesen auf das differenzierte Abstimmungsverhalten der Freiheitlichen Partei, damals als es um die Fristenlösung ging.

Ein „wehrhaftes Christentum“

Ich glaube, daß es auch hier von seiten des Klubobmannes Stadler ein grundsätzliches Mißverständnis gibt, wenn er seine Annäherung an die katholische Kirche damit begründet, daß es Zeit sei, ein wehrhaftes Christentum zur Bewahrung der geistigen Grundlagen des Abendlandes sicherzustellen. Ich möchte Ihnen nur sagen, daß die ökumenische Konferenz in Graz ihre Tagung unter dem Titel „Versöhnung“ gestellt hat. Und zwischen Versöhnung und wehrhaftem Christentum, die Diskussion polarisiert sich ja immer mehr in einer Antikristen-Diskussion, glaube ich, gibt es doch ein grundsätzliches unterschiedliches Verhältnis. Die katholische Kirche hat heute niemals mehr diese Kreuzesmentalität, die in den Formulierungen der FPÖ zum Vorschein kommt. Und ich könnte Ihnen noch viele konkrete politische Beispiele aufzählen, die ein kritisches Hinterfragen der FPÖ-Intention legitim erscheinen lassen.

Ich möchte in Erinnerung rufen, daß bei der Debatte um das Universitätsorganisationsgesetz im Jahr 1993 die FPÖ für die Aufhebung des Konkordats

tes im Bereich der Universitäten eingetreten ist, was insbesondere die Mitsprache der Kirche bei der Berufung von Professoren an den theologischen Fakultäten betroffen hätte. Es ist aber auch zu erinnern, was der Obmann dieser Partei in der Diskussion um die Ausländer- und Integrationspolitik zur Kirche gesagt hat. Vor allem im Zusammenhang mit dem Kirchenvolksbegehren. Holder hat damals der katholischen Kirche in der Ausländer- und Flüchtlingsfrage wiederholt doppelzählige Moral vorgeworfen. Er hat die Bischöfe persönlich angegriffen.

Er hat von der Kirche verlangt, daß sie einen Teil der Kirchenbeiträge für Flüchtlinge auszugeben hätte, statt für die Restaurierung von Palais. Heute würde er St. Pölten ausnehmen. Er war ganz kirchenkämpferisch und hat wörtlich gesagt, es ist nicht nötig, daß Bischöfe über Sommer- und Winterresidenzen verfügen, das sei alles Scheinmoral und Pharisäertum, daß man Lichter anzünden geht, aber selbst sein Haus gut verspert.

Und als die Kirche sich erlaubt hat, in der Frage des Ausländervolksbegehrens eine ablehnende Haltung zu artikulieren hat er gemeint, Österreich ist ein Land in dem die Kirche zur Kenntnis nehmen muß, daß sie gut beraten ist,

nicht von der Kanzel aus Politik zu machen.

Diese kritischen Fragen sind zu stellen, mag sein, daß das Prinzip der Aquidistanz, wie es im Mariazeller Manifest formuliert ist, um mit den Worten des St. Pöltner Ordinarius zu sprechen „ein absoluter Helder sei.“ Kardinal König hat auch diesen Begriff nicht geprägt, sondern er ist auf eine andere Weise entstanden und ich bin der Meinung, daß die Kirche, im besonderen die katholische Kirche, aufgrund ihrer Vergangenheit in der Ersten Republik gut beraten war, nicht einmal noch einen Versuch einer Renaissance des politischen Katholizismus zu machen.

Es wird Aufgabe der Kirche sein, ihr Verhältnis zu den politischen Parteien vor allem nach der Frage zu orientieren, was eine politische Partei für ihre Anliegen eigentlich getan hat. Das sage ich jetzt nicht als engagierter Parteipolitiker, sondern das läßt sich auch objektiv beweisen. Die Geschichte der Zweiten Republik hat in vielen Phasen, und zwar nicht nur in den sensiblen Fragen der Fristenlösung gezeigt, daß die Fragen der Kirche von der Österreichischen Volkspartei immer mit einem großen Maß an Glaubwürdigkeit und Konsequenz vertreten worden sind. Daher ist diese Diskussion – meine ich – kritisch aber doch sehr, sehr deutlich zu führen. ■

Bischof Krenn über Kirche und Politik

Zur Frage Kirche und Politik hat sich neuerdings auch der Diözesanbischof von St. Pölten, Kurt Krenn, geäußert. Krenn meinte bei einer Veranstaltung in Krems, die Toleranz der Kirche liege nicht in der politischen Mitte sondern „manchmal liegt sie links, manchmal rechts“. Die Politik dazu könne gar keine Toleranz. Die Politiker sagten zwar, die Kirche solle sich außerhalb ihres eigenen Bereichs in nichts einmischen, dafür müsse sich der Politiker ungeniert überall ein. Kritik

gab der Bischof auch an den Medien: „Sie mengen sich ein, auf Kosten der Wahrheit“. Und zwar mengen sie sich auch in die Kirchenpolitik ein. Als Beispiel nannte er laut „Presse“, das Vorgehen gegen den früheren Erzbischof Groer. Liberalismus sei die Folge einer Politik ohne Gott. Einen Ethikunterricht lehnte Krenn sehr entschieden ab: „Soll das Parlament entscheiden, was Gut und was Böse ist?“ Die Nähe der Kirche zu den Parteien werde von diesen selbst bestimmt. ■

Aus: „Katholisches Hochschulwerk“ 1997

Nationalsozialisten wollten Stephansdom zu einer ihrer „Weihestätten“ machen

„Im Dritten Reich gab es konkrete Pläne, aus dem Stephansdom eine nationalsozialistische Weihestätte zu machen“. Zu diesem Ergebnis kommt der Assistent am Institut für Kirchliche Zeitgeschichte, der Kunsthistoriker Mag. Andreas Kapeller, in einem Forschungsprojekt zum Thema „Stephansdom und Drittes Reich“.

Von den Nationalsozialisten seien, so Kapeller, sogenannte Weihestätten gesucht worden, um historische Persönlichkeiten die für die Geschichte des deutschen Volkes von besonderem Interesse waren, verherrlichen zu können. Der Stephansdom habe sich dafür geradezu angeboten. Immerhin befindet sich in der Timakapelle die Grabstätte des Prinzen Eugen von Savoyen. Auf Wunsch Hitlers sei die Gruft des Feldherrn am 17. Oktober 1938 unter größter Geheimhaltung für kurze Zeit

zu Inspektionszwecken geöffnet worden.

Das Quellenmaterial bezeugt, daß die Nationalsozialisten eine monumentale Ausgestaltung der Gruft ins Auge faßten. Der Kriegsverlauf aber stoppte dann das ganze Unternehmen.

Prinz Eugen als NS-Kulisse

Dennoch versuchten die Nationalsozialisten bis zuletzt, den Stephansdom für ihre Zwecke zu mißbrauchen. Wie andere Dorne des Deutschen

Reiches sollte auch er als Kulisse für nationalsozialistische Propagandaveranstaltungen, die vor der Kirche stattfanden, herhalten.

Die Versuche der Nationalsozialisten, den Stephansdom für ihre Zwecke zu mißbrauchen, zeugen für Kapeller unter anderem vom Wunsch, den Stephansdom als Symbol eines Österreichsbewußtseins zu vernichten. „Man darf die Kraft, die der Stephansdom als Symbol für Österreich auch – oder gerade – in der damaligen Zeit besaß, keinesfalls unterschätzen“.

Es sei kein Zufall, daß in den letzten Kriegstagen von Widerstandskämpfern ausgerechnet am Stephansdom das Kürzel „OS“ (das stand für OE wie Österreich) angebracht wurde. Kapeller resümiert: „Trotz aller Versuche, die die

Nationalsozialisten unternahmen, gelang es ihnen nie wirklich, den Stephansdom zu einem ihrer propagandistischen Symbole zu machen, geschweige denn, ihn in eine nationalsozialistische Weihestätte umzuwandeln.“

Diese bisher noch nicht veröffentlichten Forschungsergebnisse sind in einem Aufsatz mit dem Titel „Stephansdom und Drittes Reich. Über den Versuch, ein christliches Symbol für nationalsozialistische Propaganda zu vereinnahmen“ zusammengefaßt. Er wird im Herbst in einem Sammelband zum Thema „Kirche und Staat in der Ostmark“ (Herausgeber: Der Grazer Kirchenhistoriker Univ.-Prof. Dr. Maximilian Liebmann, der Salzburger Jurist und Kirchenrechtler Univ.-Doz. Dr. Alfred Rinnerthaler und der Generalvikar der Erzdiözese Salzburg Univ.-Prof. Dr. Hans Paarhammer) im Verlag Peter Lang erscheinen.

Das berichtet das „Katholische Hochschulwerk“. ■

Erste Seligsprechung eines „Gitanos“

Papst Johannes Paul II hat am 4. 5. 1997 in St. Peter in Rom Ceferino Gimenez Malla, genannt El Pelé, seliggesprochen; dieser sei, wie der Heilige Vater weiter ausführte, ein Vorbild für alle Christen.

Im Jahre 1861 als Angehöriger des Caló-sprechenden Stammes der Zigeuner des in Spanien „Gitanos“ genannten Volkes in Benavente de Segria, 8 km von Lérida, geboren, ist er vorerst mit seiner Familie durch Katalonien, Aragonien und Südfrankreich gezogen. Seit 1903 hat er sich – er hat mittlerweile auch Stammesbrauch geheiratet – in Barbastro in der Provinz Huesca niedergelassen. Vermögend geworden, ist er vor allem den Armen seines Volkes beigegeben.

Bald nachdem im Jänner 1936 die Volksfront in Spani-

en die Wahlen gewonnen hatte, setzte ein Terror gegen die katholische Kirche ein. Über 7.000 Katholiken, vor allem Priester und Nonnen sind dieser Verfolgung zum Opfer gefallen. Am 25. 10. 1992 hat der Heilige Vater in Rom 122 Märtyrer dieser Verfolgung, darunter 71 Barmherzige Brüder, seliggesprochen.

Am 18. Juli 1936 ist in Spanien der Bürgerkrieg ausgebrochen. Noch in der Nacht vom 18. auf den 19. Juli 1936 hatte auch in Barbastro ein „Revolutionskomitee“ die Macht ergriffen und die Waffendepots des Militärs ge-

plündert. Klöster sind beschlagnahmt, Priester, Nonnen und katholische Laien verhaftet worden.

Als ein verhafteter junger Priester am 19. 7. 1936 durch die Stadt getrieben wurde, ist El Pelé für ihn mit den Worten eingetreten: „So viele Männer gegen einen einzigen, der dazu noch unschuldig ist“.

Unmut durch öffentliches Beten

Daraufhin wurde er von Angehörigen der roten Miliz verhaftet und in das Kreisgefängnis, dann in das mittlerweile beschlagnahmte und zu einem Gefängnis umgewandelte Kapuzinerinnenkloster der Stadt gebracht. Durch sein öffentliches Beten mit dem

Rosenkranz in der Hand hat er den Unmut seiner Gegner erregt.

Milizangehörige haben 20 Männer, Priester und Laien, aus dem Gefängnis, darunter auch El Pelé geholt. Auf einem LKW wurden sie gefesselt auf den Friedhof gebracht und in der Nacht erschossen. El Pelé, mit dem Rosenkranz in der Hand, ist mit dem Ruf „Viva Cristo Rey“ gestorben. Seine Leiche wurde in der Früh mit einer Kugel im Kopf an einen ebenfalls erschossenen Priester gefesselt, aufgefunden. In den Morgenstunden des nächsten Tages sind Angehörige seines Stammes gezwungen worden, Gräber auszuheben und darin die mit Kalk überschütteten Leichen zu begraben. ■

Von Kaisern und Journalisten

Eine Reihe interessanter Bücher ist in jüngster Zeit erschienen, die sich mit der Geschichte unseres Jahrhunderts befassen.

Da ist an erster Stelle zu nennen: Peter Broszek, „Karl I. – Der politische Weg des letzten Herrschers der Donaumonarchie.“

Auf Grund von bisher unbekanntem Material – zum Teil auch bisher unveröffentlichten Papieren des k.k. Ministerpräsidenten Ernst von Seidler (1917/18) – hat Broszek die schwierigen Beziehungen dargelegt, die zwischen den Verbündeten des ersten Weltkriegs, zwischen der Donaumonarchie und dem Kaiserreich Deutschland bestanden.

Frieden um welchen Preis?

Eines der interessantesten Kapitel ist wohl den Bemühungen des Kaisers Karl gewidmet, seinen deutschen Bundesgenossen zu einer positiven Haltung gegenüber seinen Bemühungen um einen Friedensschluß mit den Alliierten zu bewegen. So war Kaiser Karl bereit an Deutschland Österreich-Schlesien abzutreten, wenn dieses bereit wäre, größere Teile von Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückzugeben. Mit Italien waren Verhandlungen im Gange – über den Veltlin –, um den Frieden durch die Abtretung der italienischsprachigen Gebiete des Südtirol, also des Trentino, zu erreichen. Rom wollte dafür das Österreichische Gebiet in Afrika überlassen, so die Provinz Eritrea oder Teile Libyens, die italienischer Kolonialbesitz waren.

Zu den interessantesten Teilen dieses Buches gehört die Aufdeckung der schweren Drohungen, die Berlin gegen Wien in Szene setzte, um es von einem einseitigen Friedensschluß abzuhalten. Deutsche Truppen sollten Prag besetzen und ein eigenes



Kaiser Karl wirbt um Kaiser Wilhelm: Die Monarchen trafen sich 1918. Links Wilhelm in österreichischer Uniform, rechts Karl in deutscher, Mitte Ministerpräsident von Seidler.

deutsch-böhmisches Reich errichten. Ein Sonderfrieden hätte auch in Österreich böse Folgen haben können. So gab es Überlegungen in deutschen nationalen Kreisen zu einer Art Putsch. Ottokar Graf Czernin, der Außenminister Kaiser Karls, plante dessen Absetzung. Er war nur noch nicht klar, ob er den Erzherzog Eugen als Reichstatthalter oder sich selbst als Reichsverweser proklamieren sollte.

Sehr aufschlußreich sind auch die ganz neuen Informationen, die Broszek über die Versuche Kaiser Karls vorlegt, nach Ungarn als König zurückzukehren.

Peter Broszek, „Karl I. (PK)“ bei Böhlau, Wien

Impressum:

Herausgeber: Kartellum der ÖVP-Kameradenschaft der politisch Verfolgten, schaft der politisch Verfolgten, 1080 Wien, Laudongasse 16
Verleger: NORMA-ZEITUNGS-VERLAG Ges.m.b.H., 3403 Klarnitz, Jägerstr. 106
Redaktion: Johannes Eiblitz
Layout: Gerhard Ölsinger
1010 Wien, Singerstraße 27
Druck: Mayer & Comp.
1220 Wien, Obachgasse 10

Im Vorhof der Macht

Der IBERA-MOLDEN Verlag brachte die Erinnerungen eines der ganz großen Männer des österreichischen Zeitungswesens heraus: Hans Dichand, „Im Vorhof der Macht“.

Der Gründer und Mehrheitseigentümer der „Krone“ schildert darin sehr treffend seine eigene Entwicklung, beginnend mit seiner Jugend im Slam einer Grazer Arbeitersiedlung,

gesamnt „Affentümel“, und den Drängen nach oben. Er berichtet schonungslos von dieser Kindheit eines „Müllkinds“, sogenannt, weil sein Zeitvertreiben darin bestand, in den Müll- und Abfallbergen vor der Siedlung zu wühlen. Der Anschluß und der Krieg machten aus dem Knaben einen Mann, der alsbald zur deutschen Kriegsmarine einrückte, dort verschlug es ihn sogar nach Spanien, wo er eine Zeitlang als „Zivilist“ bleiben konnte, bis er wieder nach Deutschland reiste. Dort besuchte er Schulen der Kriegsmarine für Navigation, machte sein Kapitänspatent und entging nur mit knapper Not der russischen Kriegsgefangenschaft.

Seinen Aufstieg von einer kleinen Lokalzeitung beschreibt Dichand genau so anschaulich wie die verschlungenen Wege zwischen Finanz und Politik, die zur Gründung der neuen „Kronen Zeitung“ im Jahre 1939 führen. Und von da an ist diesem genialen Zeitungsmacher der Weg nach ganz oben offen. Trotz aller Listen und Tücken, die etwa von Seiten der Sozialdemokraten gegen ihn und seine Mitarbeiter eingesetzt werden um ihn die „Krone“ wieder abzugewinnen, bleibt Dichand Sieger. Heute herrscht er über ein Zeitungsimperium, dessen Spitzenprodukt, die „Krone“ von mehr als 750.000 Menschen gekauft wird. ■

Landesverband Oberösterreich

Neuwahl des Vorstandes

Bei der Generalversammlung des Landesverbandes der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Widerstandskämpfer Oberösterreich am 23. November 1996 sind folgende Kameradinnen und Kameraden in den Vorstand des Oö Landesverbandes gewählt worden:

Landesobmann
Landesobm. Stellv.

Schriftführerin
Schriftf. Stellv.
Kassier
Kassier Stellv.

OAR i.R. Wilhelm Zimmerbauer
Friederike Serschen
Max Leitner
Gertraud Heidlberger
Mathilde Pichler
Amtsdirektor i. R. Kurt Steinhäusl
Kons. Rat Johann Steinböck